

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	15. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	19. Oktober 2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

18.

**Punkt 16 der Tagesordnung: Antrag der Stadträtinnen Gabriele Luczak-Schwarz, Bettina Meier-Augenstein und Christiane Staab (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 10. September 2010:
Weitere Startpunkt-Familienzentren in Karlsruhe**

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 16, Vorlage Nr. 524, zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung:

Ich darf für das Protokoll feststellen, dass sich Frau Stadträtin Luczak-Schwarz für befangen erklärt hat und an der Beratung nicht teilnimmt.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Der Gemeinderat und die Ausschüsse haben in den Jahren 2007 und 2008 mehrfach und sehr ausführlich darüber diskutiert, wie wir im Bereich der Jugendhilfeplanung vorankommen, wie wir eine frühe Prävention in unserer Stadt implementieren können.

Mit dazu beigetragen hatte damals auch ein Antrag der CDU-Fraktion auf Erstellung eines Jugendhilfebedarfsplanes. Wenn man jetzt zurückschaut, sind es erst zwei Jahre her, seit der Gemeinderat am 21.10.2008 den Beschluss gefasst hat, den Jugendhilfeplan "Frühe Prävention" mit unterschiedlichen Bausteinen umzusetzen und kontinuierlich auszubauen. Es hat sich in diesen zwei Jahren sehr viel in diesem Bereich getan. Ein wichtiger Baustein dieses Jugendhilfeplans sind die Startpunkt-Familienzentren.

Das Ziel, das wir uns vor zwei Jahren gesetzt hatten, war, dieses niedrighschwellige Angebot für Familien flächendeckend in Karlsruhe zu schaffen. Wir hatten uns im ersten Schritt einen Ausbauplan vorgenommen mit 11 Zentren, die wir jetzt in diesem Jahr erreicht haben. Als wir in der CDU-Fraktion darüber gesprochen haben, ist uns aufgefallen, dass das damals definierte Ziel, diese Zentren flächendeckend in Karlsruhe zu schaffen, nicht ganz erreicht ist, weil es auf unserer Stadtkarte Bereiche gibt, die bisher nicht versorgt sind. So zählt z. B. der große Stadtteil Neureut dazu. Aber auch im Süden unserer Stadt ist bisher kein Zentrum vorgesehen. Auch die Bergdörfer sind nicht versorgt.

Deswegen ist dieser Antrag entstanden. Wir haben die Stadtverwaltung gebeten, uns darzulegen, ob es möglich ist, weitere Familienzentren zu schaffen, von denen wir als Fraktion sehr überzeugt sind. Auch die Antwort der Verwaltung legt dar, wie sinnvoll diese Zentren sind und welche Erfolge wir konkret erreichen können mit der Ansprache der betroffenen Familien. Wir haben also durch unseren Beschluss damals etwas Tolles, etwas Richtungsweisendes geschaffen, was auch als Vorbild für andere Städte dient. Das muss man auch dazu sagen. Wenn ich jetzt gerade an Stuttgart denke, die sind zu uns gekommen, um zu schauen, wie bei uns das ganze Konzept mit der frühen Prävention umgesetzt ist. Deswegen wäre es jetzt meiner Fraktion wichtig, dass wir diesen Ausbau fortsetzen und auch in den Stadtteilen, in denen wir bisher nicht vertreten sind, Zentren einrichten.

Die Verwaltung geht jetzt in der Antwort sehr ausführlich auf die Vorgaben ein und führt natürlich auch aus, dass, wenn weitere Zentren geschaffen werden, das mit dem derzeitigen Personal nicht zu machen ist. Das ist nachvollziehbar, auch gerade bei der Beanspruchung, die hier auch erforderlich ist. Ich möchte hierzu sagen, dass meine Fraktion bereit ist, über diese zusätzlichen Stellen auch in den Haushaltsberatungen zu sprechen, weil sie natürlich die Grundlage sind, um dieses Konzept weiter auszubauen.

Was ich nicht sehe, ist die Aussage der Verwaltung, dass durch unseren Antrag das bisher gewählte Verfahren verändert wird. Das ist nicht unsere Intention gewesen, sondern wir wollen noch zusätzlich hier etwas tun. Wir haben natürlich für Neureut zuerst einmal an das Brunhilde-Baur-Haus gedacht, weil dort schon ein Zentrum ist,

das sich etabliert hat, das gute Erfolge vorzuweisen hat. Selbstverständlich haben wir nichts dagegen, wenn auch dann für Neureut ein Startpunkt-Familienzentrum ausgeschrieben wird. Dann könnte sich auch das Brunhilde-Baur-Haus dafür bewerben. Dann wird entschieden, wer den Zuschlag bekommt.

Uns geht es wirklich um die Sache, dass wir hier weitermachen, und dass wir auch in den Stadtteilen möglichst im nächsten oder übernächsten Jahr die Versorgung sicherstellen, um hier unsere Linie, unseren eingeschlagenen Weg fortsetzen zu können.

(Beifall bei der CDU)

Stadträtin Geiger (SPD): Frau Meier-Augenstein, Sie haben schon gesagt, innerhalb von zwei Jahren sind 11 Startpunkt-Familienzentren entstanden. Was das für einen Kraftakt bedeutet, ist beispiellos. Dafür ist auch die Verwaltung durchaus zu loben, dass das so schnell umgesetzt werden konnte.

Mit diesen Startpunkten ist bis jetzt schon ein beachtliches Netzwerk geschaffen worden. Das ist auch notwendig, um gerade Familien in ihrer Gründungsphase mit niedrigschwelligem Angebot unter die Arme zu greifen und sie bei der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder zu unterstützen. Diese Zentren dienen aber auch dazu, den jungen Familien Kontakte zu ermöglichen und in der Auseinandersetzung mit anderen Familien die eigene Situation zu reflektieren, sich dann aber auch gegenseitig zu helfen, damit sie aus einer gewissen Isolation herauskommen, die ansonsten vielleicht zwangsläufig ist, wenn sie sich nur um ihre eigenen Kinder zuhause kümmern.

Gerade deshalb ist es dringend notwendig, dass diese Familienzentren quartiers- und wohnortnah sind und nicht am Rande von Ortsteilen etabliert werden. Deswegen finde ich jetzt persönlich das Brunhilde-Baur-Haus, weil es nicht im Zentrum liegt, weil es nicht kurze Wege hat, im Moment nicht geeignet. Aber wie Sie schon selber sagten, wenn denn solche neuen Zentren entstehen sollten, kann sich natürlich das Brunhilde-Baur-Haus, das unbestritten gute Arbeit leistet, durchaus an einer Ausschreibung beteiligen. Dagegen ist nichts zu sagen.

Aber: Die SPD-Fraktion wundert sich schon sehr über diesen CDU-Antrag, gerade heute, in einer Zeit, in der vor allem die CDU sogar einmal beschlossene Maßnahmen angeblich aus Kostengründen wieder streichen will. Das passt irgendwie nicht zusammen, schon gar nicht, wenn man unserem Anspruch an Beratung und Betreuung wirklich gerecht wird und keine Alibi-Zentren will. Masse ist nicht gleich Klasse.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Auch die SPD-Fraktion wäre sehr an einem noch dichteren Netzwerk dieser Startpunkt-Familienzentren interessiert, wenn diese inhaltlich und personell so wie die bisherigen Zentren ausgestattet werden. Aber das kostet richtig Geld. Deshalb: Unter den derzeit gegebenen finanziellen Bedingungen, die zahlenmäßige Ausweitung von Familienzentren zu fördern, ist schon ein wenig abenteuerlich. Die bereits bestehenden Familienzentren müssen begleitet und nach einer gewissen Zeit evaluiert werden. Vielleicht ergibt sich bei näherer Betrachtung, dass die bestehenden Angebote dort ausgeweitet und andere Bevölkerungsgruppen mit einbezogen werden sollten. Das wäre der nächste logische Schritt. Darüber sollten wir dann in der Tat im Jugendhilfeausschuss weiterberaten. Der SPD-Fraktion ist an einem verlässlichen und qualitätsvollen quartiersnahen Angebot gelegen und an keinem Strohfeuer, das je nach Kassenlage eingerichtet oder abgeschafft wird. Wir stimmen mit der Antwort der Verwaltung überein.

(Beifall bei der SPD)

Stadträtin Dr. Polle-Holl (GRÜNE): Ich sehe jetzt ehrlich gesagt gar keinen so großen Widerspruch in den Intentionen von SPD und CDU. Von daher fasse ich es einmal zusammen. Ich glaube, wir haben eine ähnliche Meinung.

Die Startpunkt-Familienzentren sind natürlich eine gute Sache. Auch die Intention und das Konzept, das dahintersteht, unterstützen wir und möchten das auch weiter fortführen und ausbauen. Im Antrag der CDU war zwar erst einmal nicht von einer Erhöhung der personellen Ausstattung die Rede. Aber meine Kollegin Meier-Augenstein hat es im mündlichen Beitrag gesagt - ich habe das auch gerne gehört -, dass die CDU über eine Aufstockung der Stellen nachdenkt. Wenn sie da denkt, denken wir vielleicht auch mit. Ich kann das jetzt noch nicht für meine Fraktion verbindlich sagen, aber das könnte ich mir vorstellen.

Von daher fand ich das jetzt gar nicht so negativ. Ich finde, wir sind hier auf einem guten Weg. Dass man natürlich jetzt nicht erst Zentren schafft und dann erst über die personelle Situation nachdenkt, finde ich selbstverständlich. Natürlich muss man das gezielt und gut geplant machen und die gute Arbeit so fortführen, denn es reicht nicht, dort ein Handtuch und eine Broschüre geschenkt zu bekommen, sondern man möchte auch Rat und Hilfe bekommen und an den richtigen Stellen niederschwellig Hilfe leisten.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Golombeck (FDP): Es ist eigentlich schon alles gesagt worden. Aber ich will es noch einmal zusammenfassen. Die Zielsetzung muss sein, dass der Ausbau zielstrebig vorangetrieben wird. Es reicht momentan nicht aus, was es hier an Familienzentren gibt. Man sollte die bestehenden Ressourcen, z. B. wurde das Brunhilde-Baur-Haus erwähnt, auch nutzen. Über das Personal und die Kosten kann man auch im Jugendhilfeausschuss noch einmal sprechen, ob sich da noch weitere Möglichkeiten ergeben. Man sollte auf jeden Fall hier weiter daran arbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Stadträtin Döring (KAL): Wir sehen diesen Antrag als Anregung dafür, dass neue Stellen geschaffen werden müssen. So steht es in der Antwort der Verwaltung. Im Redebeitrag unserer Kollegin Meier-Augenstein wird auch darauf hingewiesen, neue Startpunkt-Familienzentren funktionieren nur, wenn der Stellenschlüssel erweitert wird, wenn mehr Stellen geschaffen werden. Das wird im Doppelhaushalt sicher Thema sein.

Ein anderes Thema sind die Orte, an denen diese Startpunkt-Familienzentren eingerichtet werden sollen. Ein Standortkriterium ist Familien mit Kindern unter drei Jahren. D. h., nicht in jedem Stadtteil ist so ein Familienzentrum sinnvoll. Denn es gibt sicher Stadtteile, die im Moment dabei sind, älter zu werden, die vielleicht in 10, 20 Jahren wieder ganz jung sind und wo Familien mit kleinen Kindern sind. Dann ist es sinnvoll, dort so ein Zentrum einzurichten. Genauso ist es sinnvoll, wo die Familien

diesen Zentren entwachsen sind, also wo die Kinder größer sind, das dann wieder abzubauen und an einer anderen Stelle wieder aufzuschlagen. Standortkriterium heißt für mich auch, keine Stellen, keine Orte zementieren, wo dann für immer und ewig so ein Angebot ist, wenn es dann gar nicht mehr gebraucht wird. Ich denke, das wird aber auch bei der Auswahl mit berücksichtigt. Aber in jedem Fall, wenn wir mehr wollen an Zentren, dann brauchen wir mehr Geld, denn das heißt mehr Stellen. Das ist dann ein Thema für den nächsten Doppelhaushalt.

(Beifall bei der KAL)

Stadtrat Kalmbach (GfK): Auch in schwierigen Zeiten muss man in die richtigen Dinge investieren. Ich bin der Meinung, dass das genau die richtige Stelle ist, an der wir investieren und nicht sparen sollten. Sparen können wir an anderen Ecken, aber hier nicht. Denn es geht hier wirklich um ein Kernthema unserer Gesellschaft. Es geht um demografischen Wandel, der an dieser Stelle auch umgedreht werden kann. Hier lohnt es sich zu investieren, Familien zu helfen, wie Familie gelebt werden kann, bei der Erziehung zu helfen, wie kann Erziehung gelingen.

Aus diesem Grunde bin ich sehr dafür, und ich bin dankbar für diesen Antrag und möchte sehr unterstützen, dass es hier weitergeht.

Bürgermeister Lenz: Wir haben in Karlsruhe eine starke Jugendhilfeplanung - das wissen Sie - wie die generelle Sozialplanung überhaupt. Ich entnehme Ihren Beiträgen, dass meine Fachleute eine Bedarfsprüfung machen mit einer Vision, wann ist denn Flächendeckung tatsächlich erreicht, zu welchem Preis und vor allen Dingen - was Ihnen und uns wichtig ist - zu welcher Qualität.

Zur Qualität, Frau Meier-Augenstein: Es ist natürlich nicht nur Stuttgart, das zu uns kommt, sondern unsere Leute - Herr Seekircher kann es bestätigen - sind auch bundesweit immer gefragte Referentinnen und Referenten: Frau Dr. Heynen, die Jugendamtsleiterin, Frau Dr. Zahradnik aus dem Kinderbüro usw. Wenn ich an unsere vorherige Debatte über die ausländischen Flüchtlinge denke, Herr Wellenreuther, sind wir ein Vorbild, ohne dass wir konzeptionelle Unterstützung brauchen vom Bund

oder vom Land. Insofern bedanke ich mich auch für die Anerkennung für die geleistete Arbeit.

Letzter Satz: Sie haben vor zwei Jahren die Mittel zur Verfügung gestellt. Zum Nulltarif geht es tatsächlich nicht.

Der Vorsitzende: Es ging in unserer Stellungnahme darum, dass wir es klar aufzeigen. Für mich ist dieser Absatz auf der Seite 4 Nebenaspekt, nämlich die Folge, die daraus entsteht, wenn neue kommen. Das gehört zur Offenheit und zur Transparenz dazu, dass man das dann auch auf den Tisch legt. Aber das Wesentliche steht unten auf der Seite 4 und oben auf der Seite 5, dass der Bedarf geprüft werden muss. Da stehen auch die Kriterien dabei, die der Lenkungskreis anlegt. Ich glaube, man sollte jetzt darüber einfach im Jugendhilfeausschuss weiter diskutieren. Dann werden wir weitersehen. Einverstanden so, dass wir das in den Jugendhilfeausschuss geben?

Jetzt erlauben Sie mir aber noch eine Bemerkung, weil ich das in letzter Zeit verstärkt so höre: "An diesem Punkt nicht. Wir geben so viel Geld aus in vielen Bereichen. Da kommt es auf das, was wir jetzt gerade besprechen, auch nicht an." - Mit der Argumentation kann ich eigentlich alle Einsparungen totmachen. Das wollte ich nur einmal dazu sagen. Das Stichwort lautet Konsolidierung unseres Haushalts.

Beschluss: Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung und Überweisung an den Jugendhilfeausschuss

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

Verteiler (mit Stellungnahme)
Ratsinformationssystem
Sozial- und Jugendbehörde
Zum Gemeinderatsprotokoll
Zu den Akten

HA - Sitzungsdienste -
9. Dezember 2010

